

Es gilt das gesprochene Wort!

Rede Reiner Hoffmann
Vorsitzender
des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Kundgebung zum 1. Mai 2017
Gelsenkirchen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

schön, dass ihr da seid, es freut mich, dass ihr so zahlreich gekommen seid.

Schaut euch um auf dem Platz.

Wir sind bunt,

wir sind vielfältig,

wir sind solidarisch,

wir sind demokratisch,

wir sind viele!

Wir sind alle am 1. Mai auf Straßen und Plätzen, weil wir uns einig sind:

Am Tag der Arbeit demonstrieren wir gemeinsam für

mehr soziale Gerechtigkeit,

für bessere Arbeitsbedingungen,

für ein Leben in Würde im Alter,

für gute Bildung für alle!

Diese Einigkeit, diese Vielfalt, das ist unsere Stärke, darauf basieren unsere Erfolge. Und auf diese Stärke bauen wir

unsere zukünftigen Erfolge auf.

Wir haben schon vieles erreicht:

Die Fünf-Tage- Woche,

kürzere Wochenarbeitszeiten,

die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall,

in unendlich vielen Tarifrunden haben wir Lohnerhöhungen durchgesetzt, zum Teil in harten Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern.

Auch den Mindestlohn würde es ohne uns nicht geben.

All dies ist nicht selbstverständlich und nichts wurde uns geschenkt.

Weil wir viele sind und weil wir einig sind, haben wir diese Erfolge – oft in harten Auseinandersetzungen - erkämpft und erstritten.

Die letzte Stahlrunde hat gezeigt, dass man gemeinsam etwas erreichen kann: 4 Prozent mehr Lohn, es bleibt bei der Altersteilzeit und Werkverträge gibt es nur, wenn Mindeststandards und DGB-Tarifverträge gelten. Unser Einsatz hat sich gelohnt!

Aber auf diesen Erfolgen ruhen wir uns nicht aus. Immer wieder stellen Arbeitgeber unsere Errungenschaften in Frage: Abends mal ein bisschen zu Hause arbeiten, das macht doch nichts, behaupten die Arbeitgeber. Aber Überstunden bezahlen wollen sie nicht.

Eine Milliarde unbezahlte Überstunden wurden im letzten Jahr in Deutschland gekloppt. Das ist ein Skandal, das ist Diebstahl an unserem gerechten Lohn!

Und für eine ordentliche Rente sagen uns die Großverdiener, die sich mit Millionen fürs Nichtstun abfinden lassen, können wir doch selber Vorsorge treffen. Das ist nicht nur unverschämt, das ist eine Provokation!

Anrede

Wenn wir uns umschauen in Europa, dann scheint Deutschland eine Oase der Seligkeit zu sein.

Richtig ist, wir haben eine stabile wirtschaftliche Situation in Deutschland.

Und wir hatten noch nie so viele Erwerbstätige wie jetzt.

Mit 32 Millionen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten haben wir den höchsten Stand seit der deutschen Einheit erreicht. Aber wir lassen uns nicht blenden, schauen wir uns die Arbeitsmarktsituation doch mal genauer an:

Wir haben immer noch mehr als 2,5 Millionen Arbeitslose.

Allein sieben Millionen Menschen arbeiten im Niedriglohnssektor, sie verdienen weniger als 9,60 Euro pro Stunde.

Acht Millionen Frauen arbeiten in Teilzeit – viele davon würden viel lieber mehr Stunden arbeiten.

Die Befristungen bei den Arbeitsplätzen haben einen neuen Höchststand erreicht!

Das ist die andere Seite, die nicht so schöne Seite der deutschen Erfolgsgeschichte auf dem Arbeitsmarkt!

Ihr hier in Gelsenkirchen wisst doch besser als viele andere, was es heißt, wenn die Perspektiven schlecht sind. Tausende haben im Strukturwandel ihre Arbeit verloren, haben zittern und kämpfen müssen – und der Übergang in die industrielle Moderne ist noch lange nicht erfolgreich abgeschlossen.

Mehr als 22.000 Menschen suchen in Gelsenkirchen dringend nach Arbeit. Von diesen Arbeitslosen ist jeder zehnte unter 25 Jahre alt, und darunter sind viele, sehr viele, die älter als 55 sind.

Gerade hier in Gelsenkirchen musstet ihr es schon oft, zu oft erleben, dass jemand seinen Job verliert, weil die Firma dicht macht. Oder dass man einen neuen Job nicht bekommt, weil man angeblich zu alt ist.

Am Donnerstag tagt der Aufsichtsrat von Thyssen Krupp, da soll mal wieder über Sparprogramme gesprochen werden, tausende Arbeitsplätze sind gefährdet. Am Mittwoch demonstrieren unsere Kumpel. Sie wollen wissen, wo es hingehet mit der Stahlsparte. Ich finde, sie haben ein Recht darauf, zu erfahren wie sicher ihre Arbeitsplätze sind.

Und völlig klar ist: Wir sind solidarisch mit den Kolleginnen und Kollegen von Thyssen-Krupp.

Ich werde am Mittwoch vor Ort sein und ich hoffe, viele von euch auch!

Die Stahlindustrie braucht eine langfristige Perspektive im Ruhrgebiet. Für den Industriestandort und die Sicherung der industriellen Wertschöpfung ist die Stahlindustrie überlebensnotwendig. Electrical Steel hier in Gelsenkirchen hat doch gezeigt, wie man Standorte wieder hoch profitabel machen kann.

Ja, Kolleginnen und Kollegen,

es gibt erste Lichtblicke, auch hier im Ruhrpott. Auch hier in Gelsenkirchen.

Aber von einer blühenden Landschaft sind wir weit, sehr weit entfernt.

Deswegen muss auf dem Arbeitsmarkt noch richtig viel passieren.

Zum Beispiel beim Arbeitslosengeld:

Bundesweit gibt es über eine halbe Million ältere Arbeitslose. Die haben es schwerer als alle anderen, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Und ich meine einen richtigen Arbeitsplatz, keine Leiharbeit und keine Befristung, keine Scheinselbständigkeit.

Für Arbeitslose ab 50 müssen wir die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes um drei bis sechs Monate erhöhen. Das ist nur gerecht!

Wir müssen die Entgeltsicherung für ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen wieder einführen. Das erhöht ihre Chancen auf Wiederbeschäftigung und schützt sie vor Lohnverlusten. Auch das ist gerecht!

Es muss mehr in die Weiterbildung gerade für ältere Arbeitslose investiert werden.

Der Vorschlag für ein Arbeitslosengeld Q geht absolut in die richtige Richtung. Die Teilnahme an Weiterbildung – bis hin zu einem qualifizierenden Berufsabschluss – darf nicht mehr auf den Bezugszeitraum von Arbeitslosengeld angerechnet werden.

Menschen, die 50 oder 55 Jahre alt sind, zählen noch lange nicht zum „alten Eisen“, sondern müssen perspektivisch noch zehn Jahre und mehr arbeiten.

Wir wollen, dass die Arbeitslosen wieder eine Perspektive haben, denn sie gehören zu uns!

Wir wollen Sicherheit und soziale Gerechtigkeit für alle Beschäftigten.

Anrede

Deutschland hat auch ein Befristungsproblem.

In den letzten 20 Jahren hat sich die Zahl der befristeten Beschäftigten verdreifacht. Von knapp 900.000 auf über 2,7 Millionen! Gerade junge Menschen sind davon in besonderer Weise betroffen.

Jeder davon kennt Beispiele im Freundes- und Familienkreis.

Meine Patentochter hat vor vier Jahren erfolgreich eine Berufsausbildung abgeschlossen. Sie hat mittlerweile den dritten befristeten Arbeitsvertrag.

Befristung bedeutet Unsicherheit. Unsicherheit für die eigene Zukunftsplanung. Das passt vielen Jugendlichen schon lange nicht mehr. Mir auch nicht!

Die Arbeitgeber fordern ständig sichere Rahmenbedingungen für ihre Geschäfte, aber ihren Beschäftigten verweigern sie diese Sicherheit!

Arbeitgeber und Gesetzgeber sind gefordert: Macht endlich Schluss mit dem Befristungswahn. Auch daran werden wir die Parteien zur Bundestagswahl messen.

Wir wollen eine sichere Perspektive für alle auf dem Arbeitsmarkt, liebe Kolleginnen und Kollegen,

das erreichen wir nur, wenn endlich wieder mehr Beschäftigte unter den Schutz von Tarifverträgen arbeiten.

Tarifverträge schaffen Ordnung auf dem Arbeitsmarkt und geben Sicherheit für die Beschäftigten.

Wie das aussieht, wenn es keinen Tarifvertrag gibt, das hat vor kurzem die Bünning AG in Ostfriesland gezeigt. Die Manager dort haben nicht nur verlangt, dass ihre 14.000 Beschäftigten alle eine Stunde mehr arbeiten sollen –natürlich unbezahlt, versteht sich.

Sondern die Manager haben dazu noch erklärt, dass es künftig fünf Prozent des Lohns in Naturalien geben soll, in diesem Fall: Tee! Wo sind wir denn? Teetütchen als Gehalt? Das ist der Rückfall ins Mittelalter!

Zahlen wir Steuern und Krankenversicherung in Teetütchen? Natürlich nicht.

Dazu sagen wir ganz klar: NEIN

Wir streiten und kämpfen für eine Gesellschaft, in der es sozial gerecht zugeht. Das heißt für uns:

anständige Löhne für Gute Arbeit.

— Viel zu viele Arbeitgeber begehen täglich Tarifflicht und stehlen sich aus der sozialen Verantwortung:

Ihnen ist egal, wie es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geht – Hauptsache, der Profit stimmt.

— Beschäftigte ohne Tarifverträge verdienen 20 bis 30 Prozent weniger, müssen drei Stunden in der Woche mehr arbeiten und haben vier Tage weniger Urlaub.

Tarifverträge, die für alle gelten, auch das ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Anrede,

180.000 Betriebsräte und 220.000 Personalräte engagieren sich tagtäglich für Gute Arbeit in den Betrieben und Verwaltungen.

Sie sorgen dafür, dass Tarifverträge eingehalten werden, dass es ordentliche Arbeitszeiten gibt.

Aber immer mehr Arbeitgeber begehen nicht nur Tarifflicht sondern versuchen auch, sich aus der Mitbestimmung zu verabschieden und wollen ihre Betriebe zu mitbestimmungsfreien Zonen degradieren.

Allzu oft mit üblen Methoden, wie mit der Androhung von Entlassungen.

Ganze Anwaltskanzleien haben sich darauf spezialisiert, Betriebsratswahlen zu verhindern. Das ist eine Kampfansage und ein Angriff auf die soziale Gerechtigkeit in unserem Land.

Wir brauchen nicht weniger, wir brauchen mehr Mitbestimmung.

Die Arbeitswelt verändert sich rasant, nur bei der Mitbestimmung soll alles beim alten bleiben.

Gerade hier im Ruhrgebiet wisst ihr, dass es ohne Mitbestimmung noch trostloser aussähe.

Ja, wir haben manches nicht verhindern können. Aber ohne Mitbestimmung sähe es hier noch trostloser aus.

Im nächsten Jahr wird die letzte Steinkohlezeche geschlossen. Dass die Kumpels nicht ins bergfreie fallen haben wir auch der Montanmitbestimmung zu verdanken.

Bundestagspräsident Norbert Lammert hat zurecht gefordert, dass die Montanmitbestimmung auf die gesamte Wirtschaft ausgedehnt wird. Recht hat er!

Deshalb haben der DGB und seine Gewerkschaften die Offensive Mitbestimmung gestartet. Der mitbestimmungspolitische Stillstand in unserem Land muss dringend überwunden werden.

Wir werden alle Parteien im Bundestagswahlkampf daran messen, wie sie sich zur Mitbestimmung positionieren. Für uns ist klar:

Der Behinderung oder Verhinderung von Betriebsratsarbeit muss ein Riegel vorgeschoben werden.

Verstöße gegen das Betriebsverfassungsgesetz sind keine Kavaliersdelikte und müssen spürbar sanktioniert werden.

Wir wollen die Arbeit der Zukunft, Arbeit 4.0 und digitale Arbeit im Interesse der Menschen gestalten, dazu brauchen wir mehr Mitbestimmung. Zum Beispiel bei der Qualifikation und Weiterbildung der Beschäftigten.

Der Flucht aus der Unternehmensmitbestimmung muss ein Riegel vorgeschoben werden.

Die Schlupflöcher im deutschen und europäischen Unternehmensrecht müssen geschlossen werden.

Wir wollen den Ausbau der Mitbestimmung für mehr Demokratie in den Betrieb. Das ist unser Beitrag für mehr soziale Gerechtigkeit.

Anrede,

Soziale Gerechtigkeit heißt auch, einen handlungsfähigen Staat zu haben, der eine moderne, funktionsfähige Infrastruktur aufbaut und erhält.

Den gibt's nicht zum Nulltarif, Kolleginnen und Kollegen, ein moderner, handlungsfähiger Staat kostet Geld. Geld ist reichlich vorhanden, es ist leider nur woanders.

Kolleginnen und Kollegen, in den Vermögensabteilungen der Banken rechnen sie damit, dass in den nächsten Jahren 2 bis 4 BILLIONEN Euro vererbt werden! Eine Billion schreibt man mit 12 Nullen. In eine Billion passt der Bundeshaushalt dreimal rein.

Deutschland entwickelt sich zu einer Erbenrepublik. Da ist eine anständige Erbschaftsteuer mehr als angebracht!

Deutschland ist auch das Land der Vermögenden – vielleicht nicht in Gelsenkirchen – aber anderswo schon! Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung besitzen über drei Viertel des Vermögens in Deutschland, mehr als jemals zuvor. Diese

Reichen und Superreichen benutzen unsere Straßen, unsere Schulen, die Universitäten, unsere Parks, viele andere öffentliche Dienstleistungen genauso wie wir.

Also sollen sie auch einen ordentlichen Teil dazu beitragen, statt das Geld in Panama oder in sonstigen Steueroasen zu verstecken!

— Mehr soziale Gerechtigkeit heißt auch endlich mehr Steuergerechtigkeit.

Wie Steuergerechtigkeit geht, dafür hat der DGB klare Vorschläge gemacht. Auch daran werden wir die Parteien bei der Bundestagswahl messen.

— Wir sagen nein zur generellen Senkung der Einkommenssteuer, von der die Reichen und Superreichen profitieren.

Wir sagen ja zur Entlastung von unteren und mittleren Einkommen.

Wir sagen ja, dass die Reichen und die Superreichen stärker in die Pflicht genommen werden.

Das schafft endlich mehr Steuergerechtigkeit und stärkt die Handlungsfähigkeit des Staates.

Denn wir brauchen das Geld:

für gute Schulen und gute Bildung,

für bessere Straßen und Brücken,

für eine moderne Verkehrsinfrastruktur,

für einen bürgerfreundlichen öffentlichen Dienst,

für bezahlbare Wohnungen.

Allein hier ist der Bedarf riesig – derzeit sind es 400.000 Wohnungen, die pro Jahr gebaut werden müssen.

Wir brauchen das Geld, damit ein handlungsfähiger Staat seine Bürgerinnen und Bürger mit einer Polizei schützt, die ausreichend ausgestattet ist und nicht eine Million Überstunden vor sich herschiebt.

Zur sozialen Gerechtigkeit gehört auch, dass es eine Rente gibt, die im Alter für ein Leben in Würde reicht. Es darf doch nicht sein, dass wir – und besonders die jungen Menschen – immer höhere Beiträge in die Rentenversicherung einzahlen und am Ende kommt immer weniger dabei heraus.

Nein, andersherum wird ein Schuh daraus: Für ordentliche Beiträge, die paritätisch von Arbeitgebern und von uns gezahlt werden, wollen wir auch eine anständige Rente im Alter haben.

Deshalb setzen wir uns für einen Kurswechsel bei der Rente ein!

Das gesetzliche Rentenniveau muss jetzt auf heutigem Niveau stabilisiert werden und in einem weiteren Schritt auf etwa 50 Prozent erhöht werden!

Mit unserer Rentenkampagne haben wir schon einen ersten Punktsieg erreicht.

Keine Partei kann sich beim Thema Rente im Bundestagswahlkampf wegducken.

Wir fordern die Parteien auf: Sorgt dafür, dass das Rentenniveau stabilisiert wird, lasst es nicht weiter abrutschen! Und sagt uns bloß nicht, das sei zu teuer: 236 Milliarden Euro hat den deutschen Steuerzahler die Bankenrettung gekostet – mit so einer Summe könnte man die Rentenkasse auf Jahre hinaus üppig ausstatten.

Zur sozialen Gerechtigkeit gehört auch, dass endlich die Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung wieder hergestellt wird! Seit Jahren zahlen die Beschäftigten mehr ein als die Arbeitgeber, und bei jeder Zusatzleistung muss man privat dazu zahlen. Im Schnitt sind es 400 Euro, die wir pro Jahr mehr einzahlen als die Bosse. – 400 Euro, das ist eine Menge Geld! Das ist nicht gerecht!

Anrede,

Soziale Gerechtigkeit, das ist für uns: Lasten teilen, Chancen schaffen, für Gleichberechtigung sorgen. So schaffen wir und stärken wir den sozialen Zusammenhalt.

Eine Gefahr für den sozialen Zusammenhalt ist das, was die Rechtspopulisten überall in Europa mit ihren dumpfen, menschenfeindlichen und rassistischen Sprüchen im Angebot haben. Das sind nicht die Interessenvertreter der kleinen Leute. Lassen wir uns nicht blenden, das sind im Kern neoliberale, europafeindliche und oft menschenverachtende, rassistische Parteien, die Europa zerstören wollen.

Es ist völlig klar, Europa ist in keiner guten Verfassung.

Seit Jahren wird eine neoliberale Politik betrieben, nicht nur in Brüssel, vor allem in den Hauptstädten der Mitgliedsstaaten, die den solidarischen Zusammenhalt der Europäischen Union gefährden und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zutiefst enttäuscht haben. Deshalb brauchen wir dringend auch einen Kurswechsel in Europa, für ein soziales, weltoffenes, demokratisches und natürlich friedliebendes Europa. Dafür brauchen wir eine andere, eine bessere deutsche Europapolitik, auch daran werden wir die Parteien zur Bundestagswahl messen.

Europa ist nach wie vor die größte Errungenschaft nach den verheerenden Katastrophen des 20. Jahrhunderts. Wir wissen, soziale Gerechtigkeit, gesellschaftlicher Zusammenhalt ist keine nationale Angelegenheit und auch keine deutsche Angelegenheit. Wenn ich sage, wir sind viele, wir sind eins, dann spreche ich von unserer bunten Gesellschaft mit ihren sehr unterschiedlichen Menschen aus vielen Ländern.

Es mag oft nicht auffallen, aber Europa, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist nicht nur die Möglichkeit grenzenlos zu reisen und dabei kein Geld mehr zu wechseln.

Europa finden wir hier, in Gelsenkirchen, wie in jedem anderen Ort in Deutschland: In Projekte wie die „Soziale Stadt“ hier in Gelsenkirchen sind Millionen geflossen, in den Stadtumbau West und in viele andere Projekte, wie beispielsweise in die Reaktivierung der ehemaligen Bergbaufläche Graf Bismarck.

Heute, am Internationalen Tag der Arbeit, demonstrieren und feiern nicht nur wir, überall in Europa gehen heute Millionen für mehr soziale Gerechtigkeit auf die Straße. Wir sind nicht nur viele und sehr verschieden, wir sind auch eins: Gegen Rassismus, gegen Ausgrenzung, gegen Rechtspopulisten.

Mehr soziale Gerechtigkeit, gesellschaftlicher Zusammenhalt und ein besseres, ein solidarisches Europa – das sind unsere Ziele, für die wir kämpfen!

Glück auf!